

# MITGLIEDERBRIEF

INFORMATIONEN DER SPD BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD JUNI 2025 – 11. JAHRGANG – 107. AUSGABE

# Liebe Genossinnen und Genossen



Der Sommer ist mittlerweile mit voller Wucht eingekehrt und auch im Hochschwarzwald kratzt das Thermometer an der 30°C-Marke. Mich persönlich bremst die Hitze dann doch und ich habe auch den Eindruck, dass das mit jedem Jährchen mehr auf dem Buckel immer stärker so ist.

Vielleicht ist das auch der Grund, warum wir in diesem Monat einen recht kurzen Mitgliederbrief haben.

Wichtige Themen sind aber schon dabei und dazu zähle ich in diesem Monat das, was bei uns in den Kommunen gerade brennt. Die Kommunalpolitik ist für uns in den Ortsvereinen und im Kreisverband eine zentrale Aufgabe und ich muss gestehen, es ist auch meine Leidenschaft.

Nun liegt aktuell aber die Vermutung nahe, dass die Leidenschaft so heißt, weil sie Leiden schaft.

weiter auf Seite 2



# AUS DEM INHALT Kommunalfinanzen und Kretschmann 2 Fahrradklima im Landkreis 4 Kommunalpolitik rot vernetzen 6 Manifest 8 Termine, Termine 9

**Impressum** 

11

So schlimm ist es vielleicht noch nicht, aber ganz sicher ist Arbeit in Gemeinderat und Kreistag aktuell und bis auf weiteres sicher nicht vergnügungssteuerpflichtig.

Der Grund dafür ist klar: Die kommunale Familie ist hochgradig und immer mehr unterfinanziert. Wir können langsam aber sicher noch nicht einmal mehr die Pflichtaufgaben erfüllen können. Unser Ansprechpartner in dieser Not ist das Land und deshalb war es gut, dass wir Ministerpräsident Kretschmann sehr klar und eindringlich damit konfrontiert haben, als er Ende Juni unseren Kreis besuchte.

Wir müssen das zu einem zentralen Thema unseres Wahlkampfes zur Landtagswahl im nächsten Frühjahr machen. Und deshalb meine Bitte: Lasst uns ein kommunalpolitisches Netzwerk bilden. Dazu hatte ich bereits in der Aprilausgabe aufgerufen und das will ich hier wiederholen. Was mir vorschwebt, das steht deshalb noch einmal in diesem Mitgliederbrief.

Glückauf.

**Euer Ossi** 



# Kommunalfinanzen und Kretschmann

von Oswald Prucker

Der scheidende Ministerpräsident Kretschmann ist offensichtlich auf Abschiedstour durch das Bundesland und war am vergangenen Donnerstag in unserem Landkreis unterwegs. Zunächst hat er sich in Ihringen am Blankenhornsberg über die Agri-PV in der Reben informiert, dann war er in Oberried um sich den Ursulinenhof als herausragendes Beispiel einer "sorgenden Gemeinschaft" anzusehen. Am Abend war dann Bürgerempfang in den Black Forest Studios in Kirchzarten.

Sagen wir mal so: Das Interesse war deutlich weniger groß als erwartet ...



Unter den Kommunalpolitikern aus den Gemeinden und dem Kreis gab es eigentlich nur ein Thema: Die mittlerweile prekäre Finanzausstattung der kommunalen Familie durch Bund und Land. Das bekam Kretschmann gleich dreimal zu spüren.

Zum einen im Grußwort von Kirchzartens Bürgermeister Darius Reutter. Darius führte sehr präzise aus, dass im Kirchzartener Haushalt eine strukturell bedingte Lücke von aktuell jährlich fünf Millionen Euro klafft. Diese Lücke wird in den nächsten Jahren auf acht Millionen anwachsen. Die Lücke entsteht nicht, weil man sich irgendeinen Luxus leisten würde, sondern durch originäre Aufgaben der Gemeinde. Er mahnte dringend eine bessere finanzielle Ausstattung an und verwiese natürlich auch darauf, dass sein Beispiel von seiner Gemeinde nur eins von vielen ist. Ein Kernproblem: Die Kommunen bekommen immer neue Aufgaben, die aber nie vollständig ausfinanziert werden. Klare Ansage von Darius: "Es muss endlich gelten, dass der bezahlt, der auch bestellt."

Darauf kam in der Diskussionsrunde dann auch unsere Kreisrätin Carolin Mayer aus March mit emotionalen Worten zu sprechen. Dort fehlen beim einen Gesamthaushalt von rund 32 Millionen Euro knapp rund drei Millionen Euro also ca. zehn Prozent. Die Rechtsaufsicht verlangt scharfe Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts und damit haben sich Bürgermeister und

Gemeinderäte die drei Nächte vorher jeweils bis 23 Uhr herumgeschlagen.

"Stellen wir uns vor wir schließen Festhallen, verkaufen unser Bürgerhaus, schließen Spielplätze, eliminieren die Schulsozialarbeit von 25% … damit zerstören wir unser Herz der Kommune, es ist sozialer Kahlschlag." so ihre Worte.



Sie sprach so einige Punkte an, bei denen es klemmt: Die Pflicht zu Ganztagsschulen, die nicht ausreichend finanziert wird, das Mittel des Bundes, die von den Ländern an die Kommunen weiterzuleiten wären, eben nicht vollständig weitergeleitet werden und einiges mehr.

Konkret wollte sie von Kretschmann wissen, ob denn überhaupt irgendwas aus dem Milliardenpaket bei den Kommunen ankäme und forderte mit einer gewissen Verzweiflung in der Stimme sofort 54.000 Euro, damit wenigsten die Schulsozialarbeit weitergeführt werden kann.

Die dritte Ermahnung kam schließlich direkt aus der **Mitte des Kreistags**. Landrat

Ante übergab dem Ministerpräsidenten einen gemeinsamen Brief der demokratischen Fraktionen im Kreisgremium.

Dort heißt es: "Der gravierende Abwärtstrend der Kommunalfinanzen wird in absehbarer Zeit nicht nur zu unangenehmen finanziellen Maßnahmen, sondern auch zur Handlungsunfähigkeit ganzer Verwaltungsbereiche führen. Unsere Tätigkeit in den Gremien besteht mittlerweile fast ausschließlich aus finanzieller Schadensbegrenzung. In dem Bemühen, zumindest einen minimalen Beitrag zur Konsolidierung zu erzielen, kürzen und streichen wir alles, wozu wir nicht gesetzlich verpflichtet sind."

Die fünf Fraktionen haben fünf Forderungen formuliert:

- 1. Neuverteilung der Steuereinnahmen zugunsten der Kommunen: wer 25% der staatlichen Aufgaben erfüllt, muss dafür mehr als 14% der Steuern bekommen.
- 2. Stärkung des kommunalen Finanzausgleichs: Vor allem der Vorwegabzug durch das Land hat hier nie gekannte Höhen erreicht.
- 3. Dauerhafte vollständige Weiterleitung der Bundesmittel für Geflüchtete
- 4. Konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzip nach dem der bezahlt, der auch bestellt (siehe oben)
- 5. Zeitnahe Begleichnung der offenen Forderungen aus der Spitzabrechnung. Zitat aus dem Brief: "Seit Jahren finanziert der

Landkreis die Spitzabrechnung der Flüchtlingskosten in zweistelliger Millionenhöhe vor und trägt dadurch erhebliche Liquiditäts- und Zinsnachteile".

Kretschmann erkennt die Finanzierungsprobleme der Kommunen zunächst an, um sich dann aber nach ordentlich Eigenbeweihräucherung fast schon über das Gejammer lustig zu machen. Kein Wort zum enormen Vorababzug beim Finanzausgleich und einiges mehr. Immerhin sollen die künftigen und nicht unerheblichen Mindereinnahmen durch die vom Kabinett beschlossenen Steuersenkungen vom Bund abgefedert werden. Das schreibt er auch seinen intensiven Bemühungen zu. Über die bereits bestehenden Unwuchten sagt er allerdings kein Wort.

# Fahrradklima im Landkreis

von Oswald Prucker

Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club, ADFC hat vor wenigen Tagen seinen Fahrradklima-Test 2024 veröffentlicht. Untersucht wurden über 1.000 Orte in verschiedenen Größenkategorien. Freiburg belegte in seiner Kategorie (Städte zwischen 200.000 und 500.000 Einwohnern) den zweiten Rang hinter Münster. Karlsruhe ist Dritter. Klingt nach einem tollen Ergebnis, allerdings reicht es für alle drei gerade mal für eine Schulnote von 3 = befriedigend.



Der Fahrradklima-Test findet alle zwei Jahre statt und beruht auf Umfragen. Der Test ist nicht repräsentativ, gibt aber ein gutes Stimmungsbild ab und ist selbst weltweit eine der größten Umfragen seiner Art.

Vielleicht sind die Noten auch deshalb nicht so wirklich dolle, weil bei solchen Umfragen immer eher Menschen mitmachen, die unzufrieden sind. Vielleicht. Ist aber dann doch reine Spekulation und vielleicht sollte man die Noten auch nicht zu ernst nehmen und weniger den exakten Zahlenwert (zumal die zweite Nachkommastelle) anschauen als vielmehr die Werte im Vergleich zueinander.

Als Kreisrat interessieren mich natürlich die Ergebnisse der Gemeinden im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und da kamen bei sechs Orten genügend Antworten für eine Wertung zusammen. Fast alle fallen natürlich in die unterste Kategorie von Gemeinden unter 20.000 Einwohner. Hier die Ergebnisse:

## Ortsgrößengruppe 20.000 – 50.000 Einwohner

#### **Bad Krozingen**

Gesamtbewertung: 3,52

Rang: 49

# Ortsgrößengruppe < 20.000 Einwohner

#### **Breisach**

Gesamtbewertung: 3,53

Rang: 79

#### Schallstadt

Gesamtbewertung: 3,59

Rang: 91

#### Staufen i. Br.

Gesamtbewertung: 3,80

Rang: 179

#### Gundelfingen

Gesamtbewertung: 3,84

Rang: 194

#### Müllheim

Gesamtbewertung: 4,08

Rang: 312

Ich kann die jeweiligen einzelnen Ergebnisse nicht aufdröseln, aber was eigentlich immer positiv bewertet wurde, das ist die gute Erreichbarkeit des Zentrums – was aber in kleinen Orten eigentlich sowieso immer gegeben ist. Positiv wird oft die Wegführung/Umwegführung an Baustellen und

die Freigabe der Gegenrichtung in Einbahnstraßen. Ersteres wird aber auch negativ bewertet und da stehen dann oft auch zu schmale Radwege und zugeparkte Radwege.



Ich habe mir bei allen Gemeinden auch angesehen, welche Themen jeweils aus wichtig eingeschätzt wurden. Ganz weit oben waren da immer die berühmten "Hindernisse auf Radwegen". Das kann der dort abgestellte Lieferwagen sein (siehe oben), vielleicht auch die bescheuerten Boller und Schranken, die genau das verhindern sollen, es aber auch für Lastenräder oder Räder mit Anhängern schwierig machen. Die anderen Punkte waren "Akzeptanz als Verkehrsteilnehmer", "Sicherheitsgefühl" und "Konflikte mit KfZ".

Wichtige Daten für die Bürgermeister und Gemeinderät:innen, da das meiste in deren Zuständigkeit fallen sollte. Als Kreisrat lerne ich zunächst allgemein daraus, dass die Menschen mit der kommunalen Radpolitik nicht sehr zufrieden sind. Manche der oben genannten Themen fallen wohl auch in die Zuständigkeit des Kreises und da hängt dann eben vieles schlicht von einer besseren Infrastruktur ab und das sind einfach mehr Radwege mit ordentlicher Breite und guter Fahrbahnqualität. Fahrradförderung als Infrastrukturmaßnahme also – das wird zwar schwierig in Zeiten immer knapperer Kassen, aber ich will mich da trotzdem dafür einsetzen.

Falls ich was übersehen habe oder auch falsch darstelle, dann freue ich mich über Hinweise.



# Kommunalpolitik rot vernetzen

von Oswald Prucker

Bereits im Mai haben wir an dieser Stelle über eine Initiative informiert, mit der wir gerne die Gemeinderät:innen und allgemein kommunalpolitisch interessierten Genoss:innen in unserem Landkreis besser vernetzen. Ich halte das vor dem Hintergrund der ja auch in diesem Mitgliederbrief beschriebenen großen Turbulenzen bei den Kommunalfinanzen für zwingend erforderlich.



Wir nutzen das SPD-Intranet, das uns der Landesverband ja dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hat. Die Rede ist vom Roten Netz und noch genauer vom Raum der SPD Breisgau-Hochschwarzwald im Roten Netz.

Dort kann man sehr einfach ein Thema loswerden oder eine Frage stellen oder vielleicht mit der Zeit auch schmökern, was es alles schon gibt. Wichtig ist: Man kann alle Beiträge kommentieren und so digital ins Gespräch kommen oder halt herausfinden, wen man mal anrufen möchte. Der Vorteil dabei ist: Andere können zu einer Diskussion dazu kommen und ihre Gedanken dazu einbringen. Das geht am Telefon nicht so gut. Hier kommt ihr ins Rote Netz:



Rotes Netz SPD Bden-Württemberg

oder direkt in den Raum unseres Kreisverbandes:



Breisgau-Hochschwarzwald im Roten Netz

Für schnelle Abstimmungen nutzen wir eine Signal-Chatgruppe, der du auch unbedingt beitreten solltest. Ich weise dort immer darauf hin, wenn es was neues im Roten Netz gibt.



#### **Chat-Gruppe auf Signal**

Neben den Gemeindefinanzen gibt es dort schon eine ganze Reihe von Themen: Da geht es um das Parken im Dorf, die Grundsteuer C und die Ganztagsschule, die ab dem nächsten Jahr Pflicht wird und ganz bestimmt alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte im Landkreis gerade beschäftigt. Wir freuen uns auf weitere Themen und auf den Austausch mit euch.

Lasst uns eine schlagkräftige und gut vernetzte Gemeinschaft werden. Wer mit dem Roten Netz noch Hilfe braucht, der darf sich gerne an mich wenden.



## **Manifest**

von Oswald Prucker

Einhundert Sozialdemokraten veröffentlichen ein Manifest und nennen es "Friedenssicherung in Europa durch Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskontrolle und Verständigung". Das Dokument setzt sich kritisch mit den Aufrüstungsplänen der Bundesregierung und damit auch der SPD mit ihrem Verteidigungsminister Boris Pistorius auseinander und will mehr Verhandlungen mit Russland.

Das ZDF hat dazu den Friedens- und Konfliktforscher Thorsten Bonacker befragt und dessen Meinung ist klar: Es ist ein Papier, das im "im Geiste des Kalten Krieges geschrieben" wurde und dem möchte ich nichts hinzufügen, denn so sehe ich es auch.

Was mich aber tatsächlich auch mächtig nervt, das ist der mediale Aufschrei dahinter. "Breitseite gegen Klingbeil", "Vorstoß zur Unzeit", was durfte man nicht alles lesen. Auf Mastodon schrieb sogar einer: "Russland darf nicht daran gehindert werden, Wohnviertel zu bombardieren. SPD."

Dieser Artikel ist zuerst auf meinem Blog erschienden und zwar zwei Tage nach Veröffentlichung des Manifests. Da hatte sich die Empörungsuhr schon wieder weitergedreht. Tatsächlich auch wichtigere Themen haben sich wieder in den Vordergrund gedrängt und das Manifest wird seither nur noch sporadisch hochgekocht.

#### **Manifest**



Friedenssicherung in Europa durch Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskontrolle und Verständigung

80 Jahre nach Ende der Jahrhundertkatastrophe des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung vom Hitler-Faschismus ist der Frieden auch in Europa wieder bedroht. Wir erleben neue Formen von Gewalt und Verletzung der Humanität: Der russische Krieg gegen die Ukraine, aber auch die fundamentale Verletzung der Menschenrechte im Gaza-Streifen. Die soziale Spaltung der Welt wird tiefer, in den Gesellschaften und zwischen den Gesellschaften. Die vom Menschen gemachte Krise des Erd- und Klimasystems, die Zerstörung der Ernährungsgrundlagen und neue Formen von Kolonialismus um Rohstoffe bedrohen den Frieden und die Sicherheit der Menschen. Nicht zuletzt versuchen Nationalisten Unsicherheiten, Konflikte und Kriege für ihre schäbigen Interessen zu nutzen.

Von einer Rückkehr zu einer stabilen Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa sind wir weit entfernt. Im Gegenteil: in Deutschland und in den meisten europäischen Staaten haben sich Kräfte durchgesetzt, die die Zukunft vor allem in einer militärischen Konfrontationsstrategie und hunderten von Milliarden Euro für Aufrüstung suchen. Frieden und Sicherheit sei nicht mehr mit Russland zu erreichen, sondern müsse gegen Russland erzwungen werden. Der Zwang zu immer mehr Rüstung und zur Vorbreitung auf einen angeblich drohenden Krieg wird beschworen, statt notwendige Verteidigungsfähigkeit mit einer Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik zu verknüpfen, um gemeinsame Sicherheit und gegenseitige Friedensfähigkeit zu erreichen. Wir sind davon überzeugt, dass das Konzept der gemeinsamen Sicherheit der einzige verantwortungsbewusste Weg ist, über alle ideologischen Unterschiede und Interessen-Gegensätze hinweg Krieg durch Konfrontation und Hochrüstung zu verhindern. Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit lag auch dem zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow 1987 vertraglich vereinbarten Verbot aller atomarer Mittelstreckenwaffen zugrunde, das wesentlich zum Ende des Kalten Kriegs in Europa und zur deutschen Einheit beigetragen hat.

Seit den 1960er Jahren wurde die Welt mehr als einmal an den nuklearen Abgrund geführt. Der "Kalte Krieg" war geprägt von gegenseitigem Misstrauen und militärischer Konfrontation der Führungsmächte in Ost und West. Der Präsident der USA John F. Kennedy,

"Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne Frieden nichts." - Willy Brand

Hier ein paar unsortierte Gedanken von mir dazu:

- 1. Die SPD ist eine Friedenspartei und hat damit viel erreicht. So sehr ich Bonacker (siehe oben) zustimme, so sehr verstehe ich, dass sich viele mit der aktuellen Hochrüstung schwer tun und das akzeptiere ich auch.
- 2. Die SPD ist eine Debattenpartei und darauf sind wir auch stolz und das will ich persönlich auch so. Die besten zwei SPD-Veranstaltungen, denen ich je beiwohnen durfte, waren ein Debattencamp der Bundes-SPD in Berlin vor einigen Jahren und unser eigenes Debattencamp im Landkreis. Man lernt was, wenn man andere Meinungen hört und selbst dann, wenn sie einem fundamental widersprechen. Und wo bitte sollen

schwierige Debatten geführt werden, wenn nicht in Parteien?

3. Das Manifest kommt zur Unzeit kurz vor dem Parteitag. Parteitage sind auch für Debatten da. Deshalb nein. Es kommt nicht zur Unzeit.

Nochmal: Ich kann dem Manifest wenig bis nichts abgewinnen, aber ich verstehe den Bohei nicht. Es ist ein Diskussionbeitrag zu einem aktuell eminent wichtigen Thema und als solcher also berechtigt.

## Termine, Termine

#### Stammtische

#### Digitaler Kreisstammtisch

🛗 1. Juli

19:00 Uhr

Big Blue Button-Link:
<a href="https://bbb.spd-bw.de/b/sop-5mc-fht-seq">https://bbb.spd-bw.de/b/sop-5mc-fht-seq</a>

Im August machen wir Pause, der Septembertermin steht dann im nächsten Mitgliederbrief.

### Kaiserstuhl – Tuniberg – March

ដ 8. Juli

19:00 Uhr

Wirtshaus Perron, Bahnhofsstraße 4, Breisach (am Bhf. Breisach)

Auch hier geht es im Semptember weiter.

#### Hochschwarzwald

🛗 23. Juli

19:00 Uhr

🧡 Hotel Jägerhaus, Titisee-Neustadt

#### Breisgau

Der Ortsverein Bad Krozingen lädt an jedem ersten Dienstag des Monats ab 19:30 h zum Stammtisch ins Mcello am Bahnhof ein.



# Listenparteitag für die Landtagswahl

苗 5. Juli

10:30 Uhr

Schwabenlandhalle Fellbach



Alle Details gibt es hier auf spd-bw.de





## Debattencamp der SPD BW

🛗 12. Juli

10:30 bis ca. 16:00 Uhr

Fridas Pier, Uferstraße 107, 70188
Stuttgart



Alle Details gibt es hier auf spd-bw.de



## Landesdelegiertenkonferenz der Jusos

🛗 19. und 20. Juli

Weitere Details sind aktuell noch nicht bekannt.

# Familienfest & Flohmarktdes Fördervereins des Realschule Titisee-Neustadt

🎁 19. Juli

9:00 bis 17:00 Uhr

Kleiner Kurpark in Titisee



Das Fest steht unter der Schirmherrschaft der SPD Hochschwarzwald, die auch Waffeln anbieten werden.

Das Fest wird von unseren Landtagskandidierenden Viviane Sigg und Walter Krögner eröffnet.

# Landesdelegiertenkonferenz AG 60 plus

26. Juli

10:30 Uhr

Renningen

Weitere Details sind aktuell noch nicht bekannt.



# Sommerfest der SPD Gundelfingen

## 19. Juli

18:00 Uhr

Festivalwiese bei Connect in der Vörstetter Straße 13



# Sommerfest der SPD Kaiserstuhl-Tuniberg

🇰 26. Juli

15:00 Uhr

Kingenhütte Ihringen-Wasenweiler





#### **IMPRESSUM**

Herausgeber & V.i.S.d.P. sind die Kreisvorsitzenden der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Tanja Kühnel und Oswald Prucker, SPD Regionalzentrum, Merzhauser Str. 4 79100 Freiburg

Redaktion:

O. Prucker und T. Kühnel